

Politik auf patriotischem Kurs

ASTI schaut besorgt auf die Wahlkampagnen der Parteien

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Vor fünf Jahren machten sich die Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen für das Ausländerwahlrecht stark. Jetzt ist die politische Teilhabe von Nicht-Luxemburgern kein Thema mehr, findet die ASTI. Stattdessen stehe nun die Identitätsdebatte im Fokus.

Sérgio Ferreira ist Pressesprecher der Ausländerorganisation ASTI. Ferreira spricht fließend Luxemburgisch. Sein Akzent verrät, dass er nicht hier aufgewachsen ist. Er ist einer von vielen Zuwanderern, die die politische Situation aus der Warte der Ausländer betrachten.

Sérgio Ferreira ist enttäuscht. Und besorgt. Enttäuscht, weil von der Ausländerwahlrechtsoffensive der Regierungsparteien von 2013 nichts mehr übrig ist. Nach dem gescheiterten Referendum von 2015

sei die Debatte über das demokratische Defizit und die politische Teilhabe von Ausländern verstummt, sagte Ferreira gestern bei einer Pressekonferenz.

Keine Partei greife das Thema in ihrem Wahlprogramm auf. Stattdessen stehe jetzt die Identitätsdebatte im Mittelpunkt. Das beunruhigt ihn. „Identitätsfragen waren bis vor ein paar Jahren das Geschäftsmodell der rechtsextremen Parteien“, sagte Ferreira. Jetzt seien alle Parteien auf einem patriotischen Kurs „und wollen zeigen, dass sie die besten Patrioten sind.“



Forderungen der ASTI an die Politik

- Einwohnerwahlrecht (ohne Residenzdauer – heute fünf Jahre) statt Nationalitätswahlrecht;
- Kommunikationspolitik der Parteien in mehreren Sprachen;
- Bürgerbeteiligung auf kommunaler und nationaler Ebene verallgemeinern (zum Beispiel Bürgerforen, Stadtteilinitiativen);
- Teilnahme aller Einwohner an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (statt nur Wähler);
- Automatische Einschreibung auf Wahllisten von Ausländern, die die Kriterien erfüllen;
- Reform des nationalen Ausländerrats (Conseil national pour étrangers);
- Programm zur Entwicklung einer Willkommenskultur;
- Überarbeitung des „Contrat d'accueil et d'intégration“ (Integrationsgesetz von 2008);
- Sprachurlaub auf deutsche und französische Kurse ausweiten;
- Schaffung eines Observatoire du racisme, de l'antisémitisme et de la xénophobie;
- Regularisierungsprozedur für Personen, die sich illegal im Land aufhalten und arbeiten, erweitern.

Er kann den Kurswechsel der Parteien nicht nachvollziehen. Er ist nämlich überzeugt, dass die Luxemburger Wähler weder rechts-extrem eingestellt, noch Patrioten im Sinne eines „Luxembourg first“ sind.

Widersprüchliche Aussagen

Dass die Parteien die Identitätsdebatte in den Fokus stellen, macht die ASTI vor allem an den Slogans und Plakaten fest. Blickt man aber in die Programme, sieht die Sache anders aus, sagt Ferreira. Die Plakate stünden im Widerspruch zum Bekenntnis der Parteien zur Mehrsprachigkeit und zur Bedeutung der Muttersprache ausländischer Kinder.

Die ASTI ist im Übrigen auch enttäuscht über das einstimmig verabschiedete Gesetz zur Förderung der Luxemburger Sprache. Das Gesetz klammere die Ausländer aus, sagte der Pressesprecher. Von Sprachprogrammen für Ausländer oder Sprachurlaub sei in dem Gesetz kaum die Rede. „Wenn wir aber Sprachpolitik machen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die Zuwanderer die luxemburgische Sprache lernen und dass sie die Gelegenheit bekommen, sie in der Praxis anzuwenden“, so Ferreira. In keinem Wahlprogramm sei dies ein Thema.

Die Vorsitzende der Ausländerorganisation, Laura Zuccoli, sieht in der Identitätsdiskussion die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft. Die in manchen Kreisen gängige Meinung, die Ausländer und Grenzgänger seien schuld an den Staus und den hohen Immo-

48 Prozent der Bevölkerung erleben die Wahlen als Beobachter, moniert die ASTI.

(FOTO: SHUTTERSTOCK)



bilienpreisen hält Zuccoli für gefährlich. Sie hofft, dass „die Rhetorik und die Zukunftsvisionen mancher Parteien nicht zu einem Misstrauensklima gegenüber Ausländern führen werden“.

Politische Teilhabe anders stärken

Zuccoli findet, dass die Diskussion über die politische Teilhabe von Ausländern trotz gescheitertem Referendum weitergehen und Alternativen gefunden werden müs-

sen. Schließlich beschränke politische Teilhabe sich nicht auf das nationale Wahlrecht. Neben der Unterstützung des kommunalen Wahlrechts spricht sich die ASTI für eine verstärkte Partizipation der Grenzgänger aus, zum Beispiel durch ein direktes Initiativrecht der Arbeitnehmerkammer (CSL), in der sowohl Luxemburger als auch hier lebende Ausländer und Grenzgänger repräsentiert sind.